

Liebe Mitglieder,

die Corona-Pandemie hat in rasantem Tempo unser Land, unser Zusammenleben, aber auch die Kommunikation in unserer Partei verändert. Leider ist es auf absehbare Zeit nicht möglich, dass wir alle persönlich zusammen treffen. Deshalb ist es uns besonders wichtig, die Teilhabe unserer Mitglieder auch weiter sicherzustellen.

Auch wenn die Art der Debatten sich verändert hat, hat die unionsgeführte Politik gerade in den vergangenen Wochen Handlungsfähigkeit bewiesen. Nun gilt es, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen langfristig zu bekämpfen. Wir möchten Ihnen auf den folgenden Seiten eine kurze Übersicht über einige wichtige Maßnahmen geben.

Wir sind gern weiter jederzeit für Sie unter den unten aufgeführten Kontaktdaten für Ihre Fragen und Anregungen erreichbar.

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund



Wolfgang Weisskopf



Antje Tillmann



Marion Walsmann



Michael Hose



Dominik Kordon



Regina Polster



Niklas Waßmann

AUS DEM STADTRAT

Corona-Maßnahmen

Dank unseres Ordnungsbeigeordneten Andreas Horn hat die Stadt eine konsequente Linie zum Schutz der Bevölkerung vor Corona gefahren. Bevor der Freistaat Thüringen endlich so weit war, wurden in Erfurt zielgerichtete und konsequente Maßnahmen veranlasst. Das hat dazu beigetragen, dass Erfurt die erste Welle gut überstanden hat. Für Entwarnung ist es aber zu früh. Jetzt kommt es darauf an, mit Maß und Mitte zu öffnen. So wollen wir sicherstellen, dass unsere einheimische Wirtschaft überlebt und sich das Virus in Erfurt nicht doch noch stark verbreitet. Vor allem setzen wir uns für eine Öffnung der Außengastronomie unter Wahrung der Abstands- und Hygieneregeln ein.

Dank der Mitarbeiter der Stadtratsfraktion ist es uns gelungen, dutzende Fragen von Bürgern zu klären. Leider tragen die häufig wechselnden und sehr späten Regelungen der rot-rot-grünen Landesregierung zur Verwirrung der Bevölkerung bei. Mit Hilfe der Landtagsfraktion geben wir Probleme an die Landesregierung weiter. Dies betraf u. a. die Situation der Podologen oder Fragen und Hinweise zur Notbetreuung in Kindergärten und Schulen.

Videoüberwachung und Schulsanierung

Neben den Corona-Themen bleiben andere wichtige Anliegen nicht auf der Strecke. Neben dem Dauerbrenner Schulsanierung arbeiten wir an der Einführung von Videoüberwachung vor allem auf dem Anger. Auch hier ist die Abstimmung mit unserem Beigeordneten Andreas Horn sehr eng und konstruktiv.

Unterstützung für Menschen und Unternehmen

Besonders wichtig war es für uns in diesen schweren Zeiten, die Menschen und Unternehmen finanziell zu entlasten. Deswegen haben wir erfolgreich darauf gedrängt, dass momentan keine Kindergarten- und Hortgebühren bezahlt werden müssen. Unternehmen können unkompliziert Steuern und Gebühren stunden lassen und müssen beispielsweise keine Sondernutzungsgebühren zahlen. Langfristig werden uns die Folgekosten der Corona-Maßnahmen in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten stürzen. Ohne einen Schutzschirm der Landesregierung für Erfurt von bis zu 100 Mio. € werden Schulen, Turnhallen und Feuerwehrgerechtheiter nicht gebaut werden können. Es ist nicht akzeptabel, dass die rot-rot-grüne Landesregierung keine neuen Schulden plant, während der Bund und die Stadt sich hoch verschulden. Mit dem neuen CDU-Fraktionsvorsitzenden im Land, Prof. Dr. Mario Voigt, sind wir uns einig: Die Kommunen brauchen mehr Geld vom Land. Die Erfurter Landtagsabgeordneten müssen jetzt endlich mal für unsere Stadt kämpfen.

Bundesgartenschau

Die Diskussion um die Verschiebung der BUGA ist für uns nicht nachvollziehbar. Das unkoordinierte und zögerliche Vorgehen des Oberbürgermeisters und der zuständigen Stellen in der Stadtverwaltung haben zu Verzögerungen geführt. Die BUGA ist gerade nach der hoffentlich dann überstandenen Krise 2021 eine enorme Chance für Erfurt und die jetzt besonders betroffenen Bereiche Handel, Gastronomie und Hotellerie.

Jetzt müssen alle Kräfte gebündelt werden, dass die BUGA ein großer Erfolg wird. Eine Verschiebung oder Verkürzung ist für uns derzeit keine Option. Nur wenn es in mehreren Monaten immer noch Kontaktbeschränkungen geben sollte, ist es sinnvoll neu nachzudenken.

KONTAKT: CDU Stadtratsfraktion
0361 6552011
cdu-fraktion@erfurt.de



AUS DEM BUNDESTAG

Gesundheit

In den vergangenen Wochen wurden die Test-Kapazitäten massiv erhöht auf bis zu 900.000 Tests pro Woche: Verstärkt auf Corona-Infektionen soll im Umfeld besonders gefährdeter Personen getestet werden, wie etwa in Pflegeheimen.

Da die Zahl der Corona-Neuinfektionen sich aufgrund der getroffenen Maßnahmen derzeit linear entwickelt, sollen bisher verschobene planbare Operationen in den Kliniken ab Mai wieder schrittweise möglich sein. Meine Bitte: wenn Sie Schmerzen haben, seien Sie nicht „tapfer“, sondern wenden sich an Ihre Ärzte.

Bonus für Altenpfleger

Beschäftigte in der Altenpflege werden als Ausgleich für die besondere Belastung durch die Corona-Krise einen einmaligen steuer- und sozialabgabenfreien Gehaltsbonus von 1.000 Euro erhalten.

Länder und Arbeitgeber können die Corona-Prämie auf bis zu 1.500 Euro aufstocken.

Schutzausrüstung

Die Bundesregierung und die Länder haben eine Vielzahl persönlicher Schutzausrüstungen beschafft. Um die Abhängigkeit vom Import von medizinischen Schutzmasken zu reduzieren, ist mehr eigene Produktion in Deutschland und Europa notwendig. Deshalb werden wir Unternehmen in Deutschland bei den Investitionen mit 40 Mio. € unterstützen.

Kurzarbeitergeld

Mit dem Kurzarbeitergeld haben wir eine wichtige Regelung zum Erhalt von Arbeitsplätzen geschaffen. Auch die Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit der Angestellten werden für die Ausfallzeit vollständig durch die Bundesagentur für Arbeit übernommen. Für diejenigen, die Corona-Kurzarbeitergeld für ihre um mindestens 50 Prozent reduzierte Arbeitszeit beziehen, wird ab dem 4. Monat des Bezugs auf 70 Prozent (bzw. 77 Prozent für Haushalte mit Kindern) und ab dem 7. Monat des Bezuges auf 80 Prozent (bzw. 87 Prozent für Haushalte mit Kindern) des pauschalierten Netto-Entgelts erhöht, längstens bis 31.12.2020.

Wirtschaft

Für kleine Unternehmen und Solo-Selbstständige, die durch die gegenwärtige Situation in Existenznöte kommen, haben wir ein Soforthilfeprogramm beschlossen. Das Sofortprogramm stellt Unternehmen und Selbstständigen einen Zuschuss für drei Monate zur Verfügung (bis 5 Beschäftigte max. 9.000 €, bis 10 Beschäftigte max. 15.000 €). Der Zuschuss soll insbesondere Miet- und Pachtkosten decken. Außerdem gibt es KfW-Schnellkredite sowie die Möglichkeit von Stundungen der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Außerdem wird die Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie ab 01. Juli befristet bis 30. Juni 2021 auf 7% gesenkt.

Rentenerhöhung

Die gute Lohnentwicklung in den Jahren 2018 und 2019 macht auch im Jahr 2020 eine deutliche Erhöhung der Renten in Deutschland möglich. Die Renten in Deutschland werden trotz der aktuellen Krise zum 1. Juli 2020 wieder deutlich steigen. In Westdeutschland steigt die Rente um 3,45%, in den neuen Ländern um 4,20%. Selbst wenn die Corona-Krise die Lohnentwicklung beeinflusst, müssen Rentner nicht um die Höhe ihrer Altersbezüge fürchten, denn eine Schutzklausel verhindert auch zukünftig, dass Renten sinken.

Elterngeld

Damit Eltern durch die Corona-Pandemie keine Nachteile haben, haben wir folgende Änderungen beschlossen:

Eltern in sog. systemrelevanten Berufen können ihre Elterngeldmonate aufschieben. Eltern, die teilzeitarbeiten und sich die Kindererziehung teilen, die aber nun aufgrund der Corona-Krise aktuell mehr oder weniger arbeiten als geplant, verlieren den Partnerschaftsbonus nicht. Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld I aufgrund von Corona reduzieren das Elterngeld nicht und fließen auch bei der späteren Berechnung des Elterngeldes für ein weiteres Kind nicht mit ein.

Sozialschutz-Paket

Für Mieter haben wir einen Kündigungsschutz beschlossen, wenn sie wegen der Corona-Krise die Miete vorerst im Zeitraum April bis Juni nicht mehr bezahlen können.

Auch Strom, Gas, Telefon, Internet und Wasser dürfen dann nicht abgestellt werden, wenn die Corona-Lage Zahlungen vorerst nicht zulässt. Zudem können in finanzielle Not geratene Verbraucher ihre Rückzahlungsverpflichtungen aus einem Verbraucherdarlehen auf Antrag für einen Zeitraum von maximal drei Monaten aussetzen. Wie immer rate ich aber dringend, das Gespräch zu suchen und eine einvernehmliche Lösung zu finden.



AUS DEM EUROPAPARLAMENT

Unterstützung der europäischen Wirtschaft

Das EU-Parlament hat Hilfen von 37 Milliarden Euro aus den EU-Strukturfonds für Unternehmen und Arbeitnehmer freigegeben. Weitere 28 Milliarden Euro aus bisher nicht gewährten Strukturfondsmitteln können zur Beschaffung von Schutzausrüstungen, Ausstattungen von Krankenhäusern und zur Unterstützung des Mittelstands genutzt werden. Nicht verwendete EU-Kohäsionsmittel in Höhe von acht Milliarden Euro dürfen die Mitgliedstaaten für die Bewältigung der Krise verwenden, anstatt diese wie üblich an den EU-Haushalt zurückzuzahlen. Aus dem EU-Haushalt wird zudem eine Milliarde Euro bereitgestellt für eine Garantie des Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, damit Banken Kredite an KMU vergeben.

Schnellabfertigungsspuren für Lkw

Neue Leitlinien der EU-Kommission sorgen dafür, dass mobile Arbeitskräfte in der EU und insbesondere diejenigen, die in systemrelevanten Berufen gegen die Coronavirus-Pandemie kämpfen, schneller die Grenzen passieren können. Für Lkw wurden Schnellabfertigungsspuren eingeführt, damit der Warenverkehr im Binnenmarkt reibungslos funktioniert.

Europäischer Wiederaufbaufonds

Die EU-Kommission schlägt einen billionenschweren Wiederaufbaufonds vor, mit dem die wirtschaftliche Erholung nach der Krise finanziert werden soll. Das EU-Parlament hat sich dafür ausgesprochen, den Fonds in den neuen mehrjährigen EU-Haushalt zu integrieren. Auf diese Weise könnte der Fonds über europäische Aufbau-Anleihen finanzieren werden, ohne dass dabei die Schulden vergemeinschaftet werden.

KONTAKT: Marion Walsmann, MdEP
0361/666 3411, info@walsmann.de



EU-Beihilfavorschriften flexibilisiert

Die europäischen Beihilfavorschriften wurden deutlich flexibilisiert. Das erleichtert den Mitgliedstaaten, Unternehmen mit direkten Zuschüssen, vergünstigten Darlehen und Garantien zu versorgen, um die Wirtschaftstätigkeit während und nach der Pandemie aufrechtzuerhalten.

Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgesetzt

Die EU hat den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgesetzt. Somit können die Mitgliedsländer ungestraft Kredite für die Folgen von Corona aufnehmen, auch wenn sie bereits verschuldet sind.

Mehr Spielraum bei Bankenregeln

Damit Banken in der Coronakrise den Geldhahn nicht zudrehen und Haushalte und Unternehmen die nötigen Finanzmittel erhalten, sollen einige EU-Bankaufsichtsvorschriften temporär geändert werden. Dadurch können Garantien, die während der Krise gewährt werden, günstiger behandelt werden. Die neue Verordnung muss noch verabschiedet werden.

Lagerhaltung von Milch und Fleisch

Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik hat die EU zu den bereits beschlossenen Hilfen weitere Marktmaßnahmen aktiviert. Dazu gehören Beihilfen für die Lagerhaltung von Milch- und Fleischprodukten. So kann zum Beispiel Milchpulver, Butter oder Käse temporär vom Markt genommen werden, um das verfügbare Angebot zu verringern und dadurch den Markt langfristig zu stabilisieren.

Rückführung von EU-Bürgern

Die EU hat im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens bereits mehr als 10.000 Europäer in ihre Heimat zurückgebracht, die wegen Corona in einem Drittstaat „gestrandet“ sind.